

Dieser Punkt wird als Nachtrag zusätzlich in die Tagesordnung aufgenommen.

a) Clearingstelle der ARGE Fürth

Die Geschäftsführerin der ARGE Fürth, Frau Michaela Vogelreuther, stellt den Beiratsmitgliedern die zum 01.10.2009 eingerichtete Clearingstelle der ARGE Fürth vor. Diese zielt darauf ab, unmittelbar bei der Erstantragstellung intensiv die Anspruchsvoraussetzungen der Neukunden zu prüfen und sie insbesondere hinsichtlich vorrangiger Ansprüche zu beraten. Im nächsten unmittelbar hieran anschließenden Schritt soll die Arbeitsfähigkeit bzw. Arbeitswilligkeit beim Arbeitsvermittler festgestellt und ein erstes Profiling durchgeführt werden. Erst dann wird der Erstantrag tatsächlich ausgehändigt. Ziel ist es, den Zugang in den Leistungsbezug deutlich zu verringern, was zu einer Reduzierung der Bedarfsgemeinschaften, der Senkung der passiven Leistungen und damit auch letztendlich zu einer Verringerung der Arbeitsbelastung in den einzelnen Teams (Leistung/Vermittlung) führen soll.

b) Zukunft der ARGE

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 20.12.2007 festgestellt, dass die Aufgabenwahrnehmung von Kommunen und Bundesagentur für Arbeit in gemeinsamen Arbeitsgemeinschaften mit der Verfassung unvereinbar ist. Der Grundsatz der eigenverantwortlichen Aufgabenwahrnehmung verpflichtet die zuständigen Verwaltungsträger, die Aufgaben grundsätzlich durch eigene Verwaltungseinrichtungen, also mit eigenem Personal, eigenen Sachmitteln und eigener Organisation wahrzunehmen. Bis zu einer gesetzlichen Neuregelung, längstens bis zum 31.12.2010 bleibt die Norm jedoch anwendbar.

Die von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen angepeilte Lösung sieht vor, die Jobcenter und Arbeitsgemeinschaften (ARGEN) im Wege einer freiwilligen Kooperation wieder in zwei Behörden aufzuspalten. Hessens Ministerpräsident Roland Koch und auch andere Länder-Regierungschef lehnen dies jedoch vehement ab. Man will nicht, dass Langzeitarbeitslose womöglich zwischen verschiedenen Behörden wieder hin- und hergeschickt werden. Das bestehende System soll mit einer Grundgesetzänderung erhalten bleiben.

Auch die Beiratsmitglieder sehen durch eine Änderung des Grundgesetzes politisch die einzige kluge und richtige Lösung.